Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen, für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher:

Schriftleitung: Amt Lützow 3294. * Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die vierspaltene Reklamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 256. [53. Jahrgang.] Donnerstag den 30. Oktober 1913. [53. Jahrgang.] Nr. 256.

Berlin, den 29. Oktober.

Rundschau im Auslande.

Die Lage in Mexiko.

Washington, 29. Oktober. Wie Staatssekretär Bryan ankündigt, haben Deutschland, England und Frankreich auf entsprechendes Ersuchen Amerikas die Antwort erteilt, die Formulierung irgendwelcher mexikanischer Politik hinausschieben, bis der Notenaustausch mit Amerika erfolgt sei. Daß die drei Mächte die mexikanische Politik Amerikas abwarten wollen, wird dahin aufgefaßt, daß die Vereinigten Staaten den Mächten eine Erklärung ihrer Politik unterbreiten werden, sobald eine Beurteilung des Wahlausganges in Mexiko möglich ist. — Das offizielle Ersuchen Frankreichs, die Franzosen in Mexiko zu schützen, ist gestern eingegangen. Im Staatsdepartement wird erklärt, Amerika werde in dieser Hinsicht jedes Mittel anwenden.

New York, 29. Oktober. Nach einer Depesche der Associated Preß aus Veracruz ist Rafael Alcolea, der Schwager von Felix Diaz, in das deutsche Konsulat geflüchtet.

Rumänien und Oesterreich-Ungarn.

Bukarest, 28. Oktober. In einer Besprechung des dem rumänischen Erbprinzen und seiner Gemahlin in Wien bereiteten Empfanges schreibt das offiziöse rumänische Blatt „Politica": Die Beziehungen unseres Königreiches, insbesondere unserer Herrscherfamilie zur Wiener Hofburg sind sicherlich allezeit derartige gewesen, daß die große Aufmerksamkeit, welche dem Erbprinzlichen Paare seitens des allverehrten Herrschers der Nachbarmonarchie sowie seitens des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner erlauchten Gemahlin zuteil geworden ist, nichts Erstaunliches an sich hat. Dies hindert uns nicht, in der Freundschaft, welche der Herrscher und der Thronfolger des Nachbarreiches unserm Erbprinzenpaare bezeigen, ein neues Unterpfand der zwischen dem Zentralreiche Europas und unserm Königreiche bestehenden Freundschaft zu erblicken.

Die Auswanderungspropaganda in Oesterreich.

Wien, 28. Oktober. Das vom Budgetausschuß eingesetzte Subkomitee zur Beratung des südamerikanischen Schiffahrtsdienstes setzte heute seine Verhandlungen fort. Der Obmann, Dr. Steinwender, verlas ein ihm vom Baron Weichs-Glon zugegangenes Schreiben, worin dieser über ein von ihm an den Verwaltungsrat der Austro-Americana Oskar Kosulics gerichtetes Schreiben, betreffend die Beförderung von Auswanderern nach Brasilien, Aufklärung gibt.

In diesem Schreiben heißt es, Ende September 1910 habe Weichs-Glon die private Mitteilung erhalten, daß die brasilianische Regierung beabsichtige, die Auswandererbewegung aus Oesterreich-Ungarn durch eine Reihe seitens Brasiliens zu machender Zugeständnisse teilweise in die südlichen Staaten dieses Landes zu leiten. Er habe den ihn informierenden Herrn ersucht, den Präsidenten der brasilianischen Gesellschaft zu veranlassen, sich in der Angelegenheit an die Direktion der Austro-Americana zu wenden. Ich selbst, schreibt Weichs-Glon, hatte keine Veranlassung, eine mir privat gemachte Mitteilung einer amtlichen Behandlung zu unterziehen, und beschränkte mich darauf, Herrn Kosulics in dem erwähnten Privatbrief über den Gegenstand Mitteilung zu machen. Von einer Propaganda für die Auswanderung enthält mein Brief nicht das geringste. Mir persönlich hat jedes wie immer geartete Interesse fern gelegen. Mein Brief trug durchaus privaten Charakter und konnte unter gar keinen Umständen als eine amtliche Ermächtigung angesehen werden.

Sektionschef Riedl gab darauf eine Erklärung ab, an deren Schluß er sagte: Nach Uebernahme der Schiffahrtssektion war meine erste Amtshandlung, daß ich den Plan unterbrückte, auch den Oesterreichischen Lloyd in ein engeres Verhältnis zu den deutschen Postlinien zu bringen. Was man mir vorwirft, ist, daß ich österreichische Interessen gegen die eines ausländischen Kartells zu verteidigen gewagt habe. Ich gedenke, die Probe darauf zu machen, ob das einem österreichischen Beamten noch erlaubt ist. (Lebhafter Beifall.)

Im Laufe der Debatte erklärte der Handelsminister bezüglich der Behauptung, daß die Canadian-Pacific im geheimen eine Summe an die Regierung für den Dispositionsfonds geleistet habe, er sei ermächtigt, im Namen der Regierung auf das allerbestimmteste zu erklären, daß an dieser Behauptung nicht ein wahres Wort sei, und daß die Canadian an die Regierung niemals mit einem solchen Angebot herangetreten sei. Auf die Anfrage, ob eine Liste der Abgeordneten, die mit der Canadian-Pacific in Verbindung gestanden hätten, existiere, erklärte der Minister, daß ihm offiziell von einer solchen Liste nichts bekannt geworden sei. Der Minister teilte gleichzeitig bezüglich der Beschuldigung, daß zwei Beamte des Handelsministeriums sich in strafbaren Einvernehmen mit der Canadian befunden hätten, mit, daß nicht das geringste vorliege, was zu einer solchen Anschuldigung berechtigen würde.

Der Minister des Innern, Freiherr von Heinold, teilte am Schluß der heutigen Sitzung mit, dem Urheber der ersten Anzeige Grünhut seien nach dessen Angabe von einem Vertrauensmanne des Vertreters der Canadian-Pacific Altmann Millionen geboten worden, damit das Vorgehen gegen die Canadian-Pacific eingestellt werde.

Die Wahlen in Italien.

Rom, 29. Oktober. Nunmehr ist das Ergebnis der Wahlen aus 488 von 508 Wahlkreisen bekannt. Gewählt sind 231 Ministerielle, 60 Radikale, 17 Verfassungstreue Oppositionelle, 27 Katholiken, 12 Republikaner, 39 Sozialisten und 18 Reformistische Sozialisten. In 94 Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich.

* * *

Wien, 29. Oktober. Wie das „Fremdenblatt" erfährt, hat Graf Berchtold im Namen der österreichisch-ungarischen Regierung dem Ministerpräsidenten Giolitti und dem Minister des Aeußern di San Giuliano aus Anlaß des gestern zwischen Nofalles der italienischen Wahlen die herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

Das neue spanische Kabinett.

Madrid, 28. Oktober. Bei Uebergabe der Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger erklärte Finanzminister Ancian, die Staatseinnahmen für 1913 würden 1220 Millionen Pesetas, 52 Millionen mehr als 1912, betragen.

* * *

Paris, 29. Oktober. Wie die Blätter melden, fanden in Barcelona abermals lebhafte Straßenkundgebungen gegen das neue konservative Ministerium statt. Soldaten feuerten Revolverschüsse ab. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor und beschlagnahmte zahlreiche Revolver. Die Hauptstraßen wurden militärisch besetzt.

Die Kasernenbauten an der französischen Ostgrenze.

Paris, 29. Oktober. Die Mitglieder des Budgetausschusses der Kammer Cochery, Cambronne und Thomas beabsichtigen gegenwärtig die neuen Kasernenbauten an der Ostgrenze. Einem Blatte zufolge haben diese Deputierten wohl zahlreiche Mängel festgestellt, jedoch im allgemeinen den Eindruck erhalten, daß mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit viel Anerkennenswertes geleistet worden ist. Mehrere Offiziere beklagten sich den Deputierten gegenüber, daß sie infolge der Teuerung der Wohnungsmiete und der Lebensmittel, die durch die großen und plötzlichen Truppenvermehrungen an der Ostgrenze hervorgerufen sei, geradezu in Not geraten seien.

Der Schulstreik in Frankreich.

Paris, 29. Oktober. Der Bischof von Orleans, Mgsre. Touchet, erklärte in einer Rede, daß die französischen Bischöfe, die nicht die verweltlichten, sondern die atheistischen Schulen bekämpften, angesichts der auf die Einführung des staatlichen Unterrichtsmonopols abzielenden Bestrebungen der Radikalen sich zu einem energischen Vorgehen entschließen müßten. Er sei der Ansicht, daß die beste Antwort auf die Triebereien der Combisten in der Schließung aller katholischen Privatschulen bestände. „In unseren Schulen", erklärte er, „wird in manchen Departements über die Hälfte der Kinder unterrichtet. Unsere Lehrer, unsere Lehrinstalten kosten dem Staate nichts. Anstatt uns dankbar zu sein, hat uns der Staat seit 30 Jahren als Feinde behandelt und verfolgt. Wenn wir ihm mit einem Male alle unsere Schulkinder überlassen, dann wollen wir sehen, wo er die erforderlichen Schulgebäude und Geldmittel findet. Wir werden diesen Entschluß nicht aus Machtlosigkeit, sondern aus Eigennutz fassen und wollen die Geldmittel, die wir bisher den katholischen Privatschulen widmeten, den Seminarien, Lehrlings- und Haushaltungsschulen, sowie dem katholischen Wahlfonds zuwenden. Dieser Entschluß kann aber nur dann wirksam werden, wenn er allgemein durchgeführt wird und im Einvernehmen mit dem gesamten französischen Episkopat und den Führern der Katholiken in den einzelnen Dörfern erfolgt."

Aus der Reichsduma.

Petersburg, 28. Oktober. Die Session der Reichsduma wurde heute eröffnet. Die Kadettenpartei brachte eine dringende Interpellation wegen allgemeiner Bedrückung der Presse, besonders anläßlich des Beilisprozesses, ein. Der Führer der Kadetten Miljukow äußerte in der Begründung, die Bedrückung der Presse hätte in diesem Jahre einen Rekord erreicht, insbesondere sei verfucht worden, den Beilisprozeß durch Repressivmaßregeln gegen die Presse der Oeffentlichkeit zu entziehen. Der Präsident bat, den Prozeß nicht zu berühren. Miljukow erwiderte, die Abgeordneten hätten das Recht, sich über eine ganz Rußland aufregende Frage auszusprechen, und bat die Duma, gegen die geheimen Kräfte Stellung zu nehmen, deren Wirkung Rußland mit Schmach bedecke. Miljukow fuhr fort, die enge Verbindung zwischen Dieben, Einbrechern und dem Dumaabgeordneten Zamysłowsky erregte allgemeines Erstaunen. (Großer Lärm und Widerspruch rechts.) Der Präsident rief den Redner zur Ordnung. Dieser schloß, es sei die höchste Zeit, zu erklären, daß seine Partei keine Verantwortung für den Beilisprozeß tragen wolle. (Beifall links.) Purischkewitsch (Aeußerste Rechte) erklärte, die bressierten Stare der Judenschaft könnten dem ehrlichen Namen Zamysłowskys nichts anhaben. (Stürmischer Beifall rechts.) Die Interpellation sei ein verdeckter Versuch, in die Rechte des Gerichts einzugreifen der erste Arbeitstag der Duma dürfe aber nicht ein Sympathiemeeting für die Juden darstellen, die in Kiew die Spuren eines Verbrechens zu verwischen suchten, das die Aufmerksamkeit von Rußland und ganz Europa erregt habe. Die Juden hätten alle Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung angewandt, auch zu Bestechung und sogar zum Gift gegriffen. Der Präsident bat, Einzelheiten eines schwebenden Verfahrens nicht zu erwähnen. Purischkewitsch erklärte, trotz der Versuche, die Rechte zu Ausschreitungen herauszufordern, werde sie den Gerichtsspruch schweigend erwarten. Rußland sei nicht Frankreich, es werde also nicht gelingen, die Dumatribüne auszunutzen, wie seinerzeit die Deputiertenkammer für Dreyfus ausgenutzt worden sei. Eine Duma, die sich in ein Meeting verwandelte, könnte und müßte aufgelöst werden. Graf von Bennigsen (Oktobrist) erklärte, die Oktobristen würden für die Dringlichkeit stimmen, aber in der Diskussion nicht über den Gegenstand der Interpellation hinausgehen, da sie der Duma keine gerichtlichen Befugnisse beimäßen. (Beifall im Zentrum.) Die Dringlichkeit wurde gegen wenige Stimmen der Rechten und die Interpellation selbst mit 149 Stimmen der Linken und der Oktobristen gegen 106 der Rechten und der Nationalisten angenommen.

* * *

Wien, 28. Oktober. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachten die Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen eine Interpellation ein, in der sie aus Anlaß des Kiewer Ritualmordprozesses an die Judenverfolgungen in Odessa und Kiew erinnern und an die Gesamtregierung die Frage richten, ob sie geneigt sei, bei dem Minister des Aeußern dahin zu wirken, daß dieser die Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf die den Juden Rußlands drohenden schweren Gefahren lenke, damit sie rechtzeitig wirksame Maßnahmen zu deren Abwendung treffe.

Aus Serbien.

Belgrad, 28. Oktober. Stupschtina. Im Verlauf der Adreßdebatte wies der Nationalist Agatanowitsch darauf hin, daß die Regierung vor Beginn des ersten Balkankrieges sich nicht die Neutralität Oesterreich-Ungarns gesichert habe, sodaß die Nordgrenze nicht vollkommen von Truppen entblößt werden konnte. Zahlreiche von der serbischen Armee eroberte Gebiete seien Serbien infolge der Unzulänglichkeit der diplomatischen Aktion der Regierung wieder verloren gegangen. Bezüglich der Konsolidierung der Verhältnisse in den neuen Gebieten sei er für ein Militärregime, weil es am schnellsten geordnete Zustände schaffen würde. Der altradikale Dissident Zujowitsch bezeichnete es als unerläßlich, dem serbischen Volke durch Neuwahlen Gelegenheit zu geben, über die bisherige Politik der Regierung ein Urteil zu fällen.

* * *

Saloniki, 28. Oktober. Die Behörden von Monastir verfügten die Uebergabe der dortigen bulgarischen Kirche an die serbische Geistlichkeit.

Die griechische Regierung untersagte den Getreideexport aus Neugriechenland nach Altgriechenland, der Export nach anderen Ländern, auch Albanien, wird dagegen gestattet. Die hiesigen Exporteure protestierten gegen die Verfügung.

Albanien.

Wien, 28. Oktober. Die „Albanische Korrespondenz" meldet: Die österreichische Regierung hat den Konsul in Durazzo Rudnaj zum Stellvertreter des österreichisch-ungarischen Mitgliedes der Albanischen Kontrollkommission Petrovic ernannt. — Dieselbe Korrespondenz meldet aus Valona: Die provisorische Regierung von Albanien hat an die Großmächte ein Telegramm gerichtet, in dem der einmütige Wunsch des albanischen Volkes und der albanischen Regierung ausgesprochen wird, daß so bald wie möglich ein Souverän ernannt werde.

Die Marinepolitik Neuseelands.

Wellington (Neuseeland), 28. Oktober. (Reuterfches Bureau.) Premierminister Massen gab heute die Entschlüsse der Regierung über die künftige Marinepolitik Neuseelands bekannt. Er erklärte, es sei beabsichtigt, das jetzige Subsidiensystem aufzugeben und eine größere Verantwortung zu übernehmen. Die Regierung habe gehofft, daß die britische Admiralität imstande sein würde, das Abkommen vom Jahre 1909 auszuführen und in den Gewässern Neuseelands zwei Kreuzer der Bristolklasse zu stationieren, für die Neuseeland die Unterhaltungskosten tragen sollte. Die Admiralität habe indessen erklärt, daß es ihr nicht möglich sei, das Abkommen auszuführen, und habe die beiden Kreuzer der Bristolklasse durch die leichten Kreuzer „Psyche" und „Pyramus" ersetzt. Damit sei Neuseeland nicht zufrieden. Der Kreuzer „Philomel" werde als Schulschiff übernommen werden, und mit der Ausbildung junger Leute werde sofort begonnen werden. Es sei beabsichtigt, alle Kriegsschiffe, welche das Dominion erwerben sollte, in Friedenszeiten seiner Verwaltung zu unterstellen, während sie bei einem Kriege unter die direkte Verfügung der Admiralität gestellt würden. Sie sollten der Admiralität auch zu anderen Zeiten zur Verfügung stehen, wenn sie dringend benötigt würden. Der Premierminister erklärte zum Schluß, die britischen Dominions im Stillen Ozean hätten sich kein geringeres Ziel gesetzt, als in ihren Gewässern dieselbe Souveränität zu erlangen, die ihre Stammesverwandten auf der anderen Seite der Welt besäßen.

Die amtlichen Ermittlungen über die Entstehungsursache der Katastrophe des Marineluftschiffes „L 2" haben das Nachstehende ergeben:

Bildung eines luftverdünnten Raumes in der vorderen Gondel, hervorgerufen durch die bei dieser Konstruktion erstmals angewandte Art des an der Vorderseite der Gondel befindlichen Schutzschirmes.

Ansaugen des an der Unterseite des Luftschiffes austretenden Gases.

Entzündung des in die Gondel hineingesogenen Gasgemisches durch einen Funken am Motor.

Die Entstehungsmöglichkeit einer solchen verhängnisvollen Saugwirkung bei diesem neuartigen Schutzschirm haben weder die Konstrukteure der Marine, noch die der Zeppelingesellschaft vorausgesehen. Bis dahin hatte sich die bisherige Schutzschirmkonstruktion durchaus bewährt.

In verschiedenen Veröffentlichungen haben Fachmänner und Laien ihre mutmaßlichen Ansichten geäußert, und unkontrollierbare Gerüchte sind entstanden. So soll der mit dem Luftschiff umgekommene Maschinist Lolch vor dem Aufstieg die Offiziere darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Motoren nicht in Ordnung seien. Die Offiziere aber hätten auf der Fahrt bestanden mit der Begründung der Anwesenheit der Abnahmekommission. Für die Richtigkeit eines solchen, an sich sehr wenig glaubwürdigen Vorganges fehlt nicht nur jede Unterlage, sondern es ist festzustellen gewesen, daß das Verhalten der Motore vor dem Aufstieg einwandfrei gewesen ist.

Weiter soll die Zeppelingesellschaft selbst und insbesondere der Luftschiffkapitän Gluud die schwersten Bedenken gegen die angeblich von der Marineverwaltung geforderte Konstruktion des Luftschiffs, insbesondere gegen die Verlegung des Laufganges in das Schiff geäußert haben. Dies trifft nach einer ausdrücklichen Erklärung der Zeppelingesellschaft nicht zu. Die Verlegung des Laufganges in den Schiffskörper ist auch zuerst von der Zeppelingesellschaft angeregt worden. Derartige Bedenken der Gesellschaft sind auch schon deshalb völlig ausgeschlossen, weil andernfalls die über die Konstruktion vertraglich bestimmende und für sie verantwortliche Gesellschaft ganz selbstverständlich weder die vorhergehenden Werftprobefahrten vorgenommen, noch der Marine das Schiff auf der Fahrt von Friedrichshafen nach Johannisthal unter Führung des Kapitäns Gluud zur Abnahme vorgeführt hätte, noch endlich Kapitän Gluud und seine Techniker als Vertreter der Gesellschaft an den weiteren Abnahmefahrten hätte teilnehmen lassen.

Mit dieser auch im Namen der Zeppelingesellschaft abgegebenen Erklärung werden alle Gerüchte und jede Legendenbildung widerlegt.

Die nunmehr erkannten Gefahrenquellen werden künftig ausgemerzt.

Ueber den hierzu einzuschlagenden Weg besteht zwischen Marine und Zeppelingesellschaft völliges Einvernehmen.

Hof- und Personalnachrichten.

* Seine Majestät der Kaiser ist heute vormittag in Berlin eingetroffen. Um 12 Uhr empfing der Kaiser den neuernannten amerikanischen Botschafter Mr. James Gerard in Antrittsaudienz. Der Botschafter und die Herren der Botschaft wurden in Königlichen Galawagen zum Königlichen Schlosse geführt. Den Botschafter geleitete der Einführer des diplomatischen Korps Exzellenz von Roeder. Der Kaiser empfing darauf nacheinander den chilenischen Gesandten Dr. Miguel Cruchaga, den bisherigen hanseatischen Gesandten Dr. Klügmann und den neuernannten anseatischen Gesandten Dr. Stegelcke. Allen Audienzen wohnte bei der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amts Unterstaatssekretär Zimmermann.

* Zur Beglückwünschung des Herzogs und der Herzogin Ernst August treffen heute abend gegen 7 Uhr in Rathenow, im Automobil von Potsdam kommend, ein: der Kaiser, die Kaiserin, die Königin von Griechenland, Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, Prinzessin Irene und Prinz Christoph von Griechenland. Um 7 Uhr findet ein Diner beim Herzogspaar statt, an dem die hohen Gäste teilnehmen. Die Rückkehr nach Potsdam erfolgt gegen 10 Uhr.

* Der rumänische Thronfolger Prinz Ferdinand und seine Gemahlin sind gestern abend 6½ Uhr in Sinaia eingetroffen.

** Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg empfing heute vormittag den Gesandten in Kopenhagen Grafen Brockdorff-Rantzau und den Gesandten in Bukarest Wirklichen Geheimen Rat von Waldthausen.

* Staatsminister Dr. Delbrück und Frau Delbrück versammelten gestern abend um sich im Reichsamt des Innern eine zahlreiche Herrengesellschaft. Erschienen waren Vertreter der Reichs- und der Bundesregierungen, darunter die Staatsminister Dr. Freiherr von Schorlemer und Dr. Sydow, die Bundesratsmitglieder Graf von Lerchenfeld, Freiherr von Salza und Lichtenau, Freiherr von Varnbüler, der Unterstaatssekretär der Reichskanzlei Wahnschaffe, der Unterstaatssekretär, die Direktoren und die vortragenden Räte des Reichsamts des Innern, der Präsident des Deutschen Luftfahrerverbandes, Generalleutnant Freiherr von der Goltz, der Vizepräsident des Automobilklubs, Konteradmiral a. D. Rampold, der Vizepräsident des Aeroklubs, Generalleutnant a. D. von Rieder, die Flieger Hirth, von Gorrissen und Stoeffler, der Präsident der Ständigen Ausstellungskommission, Geheimer Regierungsrat Professor Buskley, Dr. Alfred Berliner, der Direktor der Deutschen Volksversicherungs-Aktiengesellschaft, Geheimer Rat Rose, der Vorsitzende des Verbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften Direktor Spiecker, der Vorsitzende des Deutschen Handelstags, Präsident des Reichstages Dr. Kaempf, der Vorsitzende der Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen Dr. von Mayrisch, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte Freiherr von Wangenheim, der Vorsitzende des Hansabundes, Geheimer Rat Riesser, Oberbürgermeister Wermuth, der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Kyngheim, und zahlreiche andere Persönlichkeiten. Bei der Mannigfaltigkeit der vertretenen Interessen entwickelte sich alsbald eine außerordentlich lebhafte Unterhaltung, in deren Kreis namentlich auch die anwesenden Flieger vielfach einbezogen wurden. Die zwanglosen Gruppen, die sich, nachdem an kleinen Tischen das Abendessen eingenommen war, überall in den Gesellschaftsräumen bildeten, hielten sich bis gegen Mitternacht zusammen. Erst spät verabschiedeten sich die letzten Gäste von dem Staatssekretär, der unermüdlich war, neue Bekanntschaften herbeizuführen und die Unterhaltung anzuregen.

Zum Abschluß der Tagung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft in Berlin bildete ein Bankett, das am Dienstagabend in den Festräumen des Hotels „Der Kaiserhof" stattfand. An den schön geschmückten Tafeln vereinigten sich über 100 Herren. Auch der Kultusminister von Trott zu Solz war mit dem Ministerialdirektor Exzellenz Naumann erschienen. Weiter sah man die Exzellenzen Fischer, Harnack, Ehrlich, Bode, die Herren Franz und Robert von Mendelssohn, Geheimrat Schoeller, den Leiter des gestern eingeweihten Instituts für experimentelle Therapie in Dahlem Professor von Wassermann usw. Bald nach Beginn des Mahles erbob sich Exzellenz Fischer und brachte in längerer Rede das Hoch auf den Kaiser, den erhabenen Schirmherrn von Kunst und Wissenschaft, aus. Nach ihm sprachen noch Kultusminister von Trott zu Solz und Generalarzt von Ilberg. Erst in vorgerückter Stunde ging das Fest zu Ende.

** Der württembergische Gesandte, Exzellenz Freiherr von Varnbüler ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

* Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent Ludwig von Bayern hat das Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone dem preußischen Staats- und Justizminister Dr. Beseler, den Verdienstorden vom Heiligen Michael 1. Klasse dem früheren Direktor im Reichsjustizamte Wirklichen Geheimen Rat Dr. Hoffmann, den Verdienstorden vom Heiligen Michael 3. Klasse dem Wirklichen Legationsrat und vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Dr. von Keller verliehen.

* Das bayerische „Militär-Verordnungsblatt" meldet, daß Oberst Reuter, der Kommandeur des 20. Infanterieregiments, zum militärischen Mitglied des bayerischen Senats beim Reichsmilitärgericht bestimmt worden ist.

Deutsches Reich.

* Nach der Erledigung der Tagesordnung in der gestrigen Sitzung der Kaiser Wilhelmgesellschaft hielt Seine Majestät der Kaiser eine Ansprache an die Vertreter der Wissenschaft, die nach Wiedergabe in der „Kreuzzeitung" folgendermaßen lautete:

„Ich möchte Ihnen von Herzen danken für die so schönen Fortschritte, die Sie gemacht haben. Vor allen Dingen möchte Ich dem Herrn Dr. Harnack danken, daß der Anregung, die Ich im vorigen Jahre gegeben habe, bezüglich der Möglichkeit, den Grundbesitz dieses Instituts, von ihm und seinen Kollegen in hervorragendem Maße entsprochen worden ist. Das Instrument, das uns vorgeführt wurde, scheint Mir berufen zu sein, möglicherweise, wenn es sich in dem Betrieb bewährt, auch dauernd den Bergleuten in Zukunft das Leben zu erhalten. Es ist Herrn Haber und seinem Kollegen gelungen, den Weg zu einem Warninstrument zu finden, und soweit es möglich ist, hoffentlich die Flamme aus dem Grubenbetrieb auszuschließen. Ich glaube, daß unsere Gesellschaft stolz darauf sein kann, daß es in der kurzen Zeit von knapp einem Jahre einem ihrer Mitglieder vorbehalten gewesen ist, ein hoffentlich für die Menschheit wohltuendes, rettendes Werkzeug hergestellt zu haben. Ich spreche im Namen der gesamten Gesellschaft dem Herrn Dr. Haber die vollste Anerkennung und Meine Gratulation aus. — Zu gleicher Zeit begrüße Ich Herrn Dr. von Wassermann, der nunmehr die Abteilung für experimentelle Therapie in Meinem Institute übernommen hat. Wie schon vorher ausgeführt worden ist, soll hier der Endkampf gegen die Seuchen in Szene gesetzt werden, und wie uns gezeigt worden ist, daß immer mehr und mehr der Lichtstrahl dazu dienen kann und soll, die Menschheit zu stärken, zu gesunden und zu erhalten, so können wir gewissermaßen wünschen, daß, wie in der alten mesopotamischen Sage Marduk mit dem Lichtstrahl bewaffnet die Dämonen der Finsternis bekämpfte und niederdrückte, so auch hier der Leiter des Instituts für experimentelle Therapie in der Lage sein wird, das blitzende Schwert zu schmieden, mit dem er den Endkampf gegen die Seuchen nicht nur aufnimmt, sondern siegreich besteht. Damit wird dann auch die Kaiser Wilhelmgesellschaft den Zweck erfüllen, den Ich von ihr erwarte, daß sie ein Segen für die Menschheit wird.

Nach Beendigung der Sitzung blieb der Kaiser noch lange Zeit im Saale und unterhielt sich in bester Stimmung mit zahlreichen Mitgliedern der Gesellschaft.

* Die dem bayerischen Landtag vom Staatsministerium unterbreitete Vorlage über die Beendigung der Regentschaft lautet:

Im Namen Seiner Majestät des Königs! Ludwig, von Gottes Gnaden, Königlicher Prinz von Bayern, Regent.

Wir haben nach Vernehmung des Staatsrats mit Beirat und Zustimmung der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten unter Beobachtung der in Titel 10 § 7 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Formen beschlossen und verordnen, was folgt: Einziger Artikel. Der Titel 2, § 21 der Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818 erhält folgenden Absatz 2: Ist die Reichsverweserung wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens des Königs, das ihn an der Ausübung der Regierung hindert, eingetreten und besteht nach Ablauf von 10 Jahren keine Aussicht, daß der König regierungsfähig wird, so kann der Regent die Regentschaft für beendigt und den Thron für erledigt erklären. Der Landtag ist unverzüglich einzuberufen. Es sind ihm die Gründe, aus denen sich die dauernde Regierungsunfähigkeit ergibt, zur Zustimmung anzuzeigen.

Für den Entwurf: Dr. Freiherr von Hertling, Dr. Freiherr von Soden-Fraunhofen, von Thelemann, von Breunig, Dr. von Knilling, Freiherr von Kreß.

In der Begründung heißt es: Ob der Regent die Regentschaft für beendigt erklärt, steht nach dem von Ihnen gemachten Vorschlägen in der freien Entschließung des Re-